

Griechenland ist überall

*Positionspapier zur Beendigung der Finanzspekulation
gegen Staaten und Währungen und ihren Gefahren für
Demokratie und Wirtschaft*

Prof. Dr. Elmar Altvater, Sven Giegold, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf &
Dr. Hermann Scheer

Griechenland ist überall

Um die Finanzspekulation gegen Staaten und Währungen mit ihren elementaren Gefahren für Demokratie und Wirtschaft zu beenden, sind politische Strukturformen auf nationaler und europäischer Ebene unverzichtbar.

– Ein Positionspapier des Instituts Solidarische Moderne –

Die Europäische Union ist ins Visier der organisierten Geldspekulation geraten. Das Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 123 Milliarden Euro und die 720 Milliarden Euro - Eilinitiative der EU-Finanzminister zur Abwehr der Spekulation mögen kurzfristig Entlastung bringen. Beides bannt jedoch weitere Krisengefahren nicht. Es müssen strukturelle Maßnahmen zur Unterbindung gemeingefährlicher Finanzspekulationen ergriffen werden – und zwar bevor der nächste Angriff erfolgt.

Die potentiellen Angriffsziele für den Einsatz spekulativer Finanzinstrumente, mit denen die Griechenland-Krise in den letzten Wochen auf die Spitze getrieben wurde, sind ja längst bekannt: Spanien, Portugal, Großbritannien. In Europa und anderswo gibt es indes noch weitere prominente staatliche Schuldner, die ihre – nicht zuletzt in Folge der Rettungsaktionen für private Finanzinstitute – dramatisch angewachsenen Verbindlichkeiten nicht mehr ordentlich bedienen können und vor einer Umschuldung stehen. Indem die Staaten wieder zum Schuldendienst an private und öffentliche Kreditgeber befähigt werden sollen, müssen sie sich harten Bedingungen bei der Gestaltung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben unterwerfen – ohne dass dabei mit Rücksicht auf die Folgen zu rechnen ist, die eine Umschuldung für die jeweilige Wirtschaft, für die Demokratie und für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft hat.

Organisierte Angriffe auf den Euro sind wegen ihrer Wirkungen Angriffe auf die europäischen Gesellschaften insgesamt. Um diese abzuwehren, müssen kurzfristig in der EU jene Spielräume beseitigt werden, die den Finanzspekulanten von der Politik in den vergangenen Jahrzehnten eröffnet wurden. Solange dies nicht in

ausreichenden Maße erfolgt, reduziert sich Regierungshandeln auf das Schnüren von finanziellen Rettungspaketen, die aus Steuermitteln finanziert werden, mithin die Bürger in „Solidarhaftung“ nehmen. Wenn die nächste Finanzblase platzt, gibt es keine nochmaligen finanzwirtschaftlichen Spielräume von Regierungen mehr – weder für Bankenrettungsschirme, für Hilfspakete an Länder wie Griechenland oder für eine Aufstockung des Milliardenpakets, das zur Verteidigung des Euro bereit gestellt werden müsste, zu einem Billionenpaket.

Wir meinen: Gesellschaften sind keine Aktiengesellschaften, deren Wertpapiere von Aktionären an der Börse gehandelt werden. Gesellschaften sind vor der Finanzspekulation und ihren zerstörerischen Folgen zu schützen – indem die Politik sich ihr Primat über die Finanzmärkte zurück erobert.

Dringend notwendig ist eine Korrektur des Hilfspakets für Griechenland. Die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Härten für die griechische Bevölkerung destabilisieren die Gesellschaft und gefährden darüber hinaus den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union insgesamt. Notwendig wären hingegen – in Griechenland wie anderswo in der EU – Maßnahmen zur Sicherung der Steuerehrlichkeit, zur Verringerung der eklatanten Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, zur Unterbindung der Korruption, zur Verteidigung öffentlicher Güter und Räume als Grundbedingung für demokratische Partizipation. Der Entsolidarisierung in der EU muss durch rational begründete, glaubwürdige und überzeugende Konzepte gegen die schwere Finanz-, Wirtschafts-, Staats- und Integrationskrise entgegen gewirkt werden. Was vor allem von der BILD-Zeitung in volksverhetzender Weise gegen die griechische Bevölkerung kampagnenmäßig betrieben wird, sind anti-europäische Geister, die in den letzten Wochen von CDU/CSU und FDP aus der Flasche entlassen wurden.

Wir meinen: Eine gezielte Korrektur der Griechenland gestellten Bedingungen ist angebracht. Diese sollten im Zusammenhang mit den folgenden „strukturellen“ Maßnahmen vorgenommen werden. Dabei muss unterschieden werden zwischen kurzfristig ergreifbaren Massnahmen und solchen, für deren komplexe Ausgestaltung es noch einen Erörterungsbedarf gibt.

Kurzfristig sollten folgende Massnahmen ergriffen werden:

1. Maßnahmen in besonderer deutscher Verantwortung

Deutschland trägt als das größte und leistungsstärkste EU-Mitgliedsland eine besondere Verantwortung sowohl für die aktuelle Zuspitzung der Spekulationskrise als auch für wirtschaftspolitische Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen, welche indirekt die Finanzspekulation erleichtert haben. Die anfängliche Verweigerungshaltung der Bundesregierung gegenüber einem Hilfspaket für Griechenland hat die Spekulation erst richtig angeheizt. Die Notlagen anderer EU-Länder sind auch durch stetig wachsende deutsche Exportüberschüsse im Handel mit anderen Mitgliedsstaaten der EU entstanden. Die so entstandenen Ungleichgewichte in der EU sind nicht zuletzt eine Folge politisch gewollter rückläufiger Reallöhne und Abgabenquote in Deutschland. Die massive Ausweitung eines Niedriglohnssektors und die Weigerung der deutschen Regierung, einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn einzuführen, haben nicht nur Konsequenzen für die davon unmittelbar Betroffenen und für die Belastung der deutschen Sozialkassen. Sie sind auch mitverantwortlich für die wachsenden Ungleichgewichte im Euro-Raum. Eine einseitiger Standortlogik verpflichtete nationalstaatliche Politik ist unsolidarisch gegenüber den Menschen in anderen Volkswirtschaften im EU-Raum. Dem muss entgegengewirkt werden durch

- die unverzügliche Einführung eines *gesetzlichen Mindestlohns* in Deutschland – etwa analog zu Frankreich.
- ein Investitionsprogramm, das anti-zyklisch auf Wachstum des deutschen Binnenmarktes zielt, beispielsweise durch eine massive Erweiterung des energetischen Altbausanierungsprogramms – statt dessen Kürzung, wie sie gerade von der Bundesregierung vorgenommen wurde.
- die Einführung einer Vermögenssteuer zur Verringerung der dramatischen Haushaltsdefizite, zumindest auf der Basis des Durchschnittsniveaus der vergleichbaren EU-Mitgliedsländer, die diese erheben. Eine Vermögenssteuer würde auch einen Teil der Geldvermögen abschöpfen, die Forderungen ge-

genüber Schuldnern begründen und zur Spekulation eingesetzt werden. Sie ist ein Mittel, um die Gefahr der Überschuldung mindern.

2. Die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa

Diese Steuer muss auf alle Finanztransaktionen erhoben werden; sie ist ein unverzichtbares Heilmittel gegen das Spekulationsfieber. Die Weigerung der Bundesregierung ist abwegig, diese Besteuerung im Zusammenhang mit dem Hilfspaket für Griechenland der EU zu sehen. Die Steuer kann in der Eurozone oder auch in der EU erhoben werden, wenn auf globaler Ebene kein Übereinkommen zu erzielen ist. Innerhalb der Eurozone ist die deutsche Bundesregierung skandalöserweise der schärfste Gegner der Steuer.

3. Die sofortige Gründung öffentlicher Rating-Agenturen

Die drei für die Bewertung von Krediten und die Risikoeinschätzung von Schulden maßgeblichen US-amerikanischen Rating-Agenturen sind Privatunternehmen, die selbst integraler Teil des globalen Spekulationstreibens sind. Sie haben ihre Integrität und Glaubwürdigkeit längst verspielt, wie sich nicht nur an der unverantwortlichen Überbewertung der US-amerikanischen Immobilienwerte gezeigt hat, die einer der Auslöser der Finanzkrise im Jahr 2008 war. Auch im Fall Griechenland haben sie mutwillig mit der Ende April erfolgten Herabstufung der Qualität griechischer Staatsanleihen Öl ins Feuer gegossen, obwohl diese Abstufung keinerlei Ursachen in einer gegenüber den Vormonaten verschlechterten Situation Griechenlands hatte. Ratings verdanken ihren heutigen überproportionalen Stellenwert staatlichen Regelungen, die diese zur Bedingung für Kreditvergaben machen. Daher muss die Politik die Eigenkapitalvorschriften im Rahmen von Basel II diesbezüglich kurzfristig aufheben und zügig grundlegend reformieren.

Wie zuletzt auch von Bundespräsident Köhler gefordert, müssen unverzüglich eine oder mehrere öffentliche Rating-Agenturen gegründet werden. Es gibt keine Notwendigkeit, sich nur auf eine einzige öffentliche Rating-Agentur zu beschränken. Wenn es drei faktisch weltweit federführende private Rating-Agenturen gibt, kann es auch mehrere öffentliche geben. Finanzstabilität ist ein globales, in diesem Fall europäisches öffentliches Gut. Daher darf dessen Pflege nicht profitorientierten

privaten Unternehmen überlassen werden. Die Qualität der Ratings muss von der neuen Europäischen Börsen- und Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA ex post evaluiert und für jeden und jede zugänglich bewertet werden. Grundsätzlich ist zu untersagen, dass Ratings von den Bewerteten finanziert werden.

4. Die EZB muss ebenso wie eine nationale Notenbank innerhalb der EU die Möglichkeit bekommen, Regierungen Kredite zum Niedrigzinssatz zu gewähren.

Die EZB hat – ebenso wie das US-amerikanische Federal Reserve System – nach dem Ausbruch der Bankenkrise an Banken Geld zum Niedrigst-Zinssatz von zum Teil weniger als einem Prozent vergeben. Dafür wurden systemische Gründe geltend gemacht. Die extreme und durch nichts zu rechtfertigende Einseitigkeit, dass die EZB Geld zu Zinssätzen zwischen 0,25 und 1,5 Prozent an private Banken vergibt, aber nicht an Griechenland oder an einen anderen Staat Geld zu ähnlich günstigen Konditionen vergeben darf, ist eine einseitige Privilegierung von privaten Finanzinstituten und Privatinvestitionen und eine Diskriminierung staatlicher Institutionen, obwohl deren Investitionen nicht ertragsorientiert und auf längerfristigen öffentlichen Bedarf ausgerichtet sind. Für Staatsausgaben, für Bildung, Forschung oder Infrastruktur gibt es mindestens so schwerwiegende systemische Gründe wie für die Sicherung der Kreditwirtschaft.

Dass für Staaten nach dem EZB-Statut verboten ist, was für private Banken möglich ist, ist ein neoliberales Relikt in der Satzung der EZB, die Bestandteil der Europäischen Verträge ist. Die Befürchtung, dass EZB-Kredite von Regierungen zu einer unsoliden Haushaltspolitik missbraucht werden könnten, führte zu einer Regel, die milliardenschwere leistungslose Einkommen der Banken begründet. Sie ist sogar angesichts des zweckentfremdenden Missbrauchs der Banken zynisch: Die Niedrigzinskredite der EZB an private Banken werden von diesen nicht zu günstigen Konditionen an die krisengeschüttelte Realwirtschaft weitergegeben, sondern mit kräftigen Zinsaufschlägen zur weiteren Finanzspekulation eingesetzt – als hochverzinsten Kredite an verschuldete Staaten wie Griechenland, das mit einer rigiden Haushaltspolitik der Einsparungen die Kassen eben dieser Banken auffüllt! Wir plädieren daher für eine glaubhaft kontrollierte, aber grundsätzliche Öffnung

der Bereitstellung von Zentralbankgeld für öffentliche Investitionsprojekte der Euro-Mitgliedsländer.

Neben diesen Maßnahmen müssen weitere längerfristig bedeutsame Schritte eingeleitet werden. Zwei politische Initiativen sind dabei von zentraler Bedeutung:

1. Eine Initiative für eine Wiedereinführung vereinbarter Wechselkurse:

Die Einführung des EURO war der Versuch, der Währungsspekulation entgegenzuwirken. Im EURO-Raum ist dies bisher gelungen. Der Außenwert des Euros zeigt jedoch seit seiner Einführung massive Schwankungen, die nicht realwirtschaftlich begründet sind, sondern ein Ergebnis staatlicher Kurspflege als auch spekulativer Übertreibungen sind. Daher muss die Spekulation mit Währungen an der Börse durch eine politisch koordinierte globale Wechselkursgestaltung eingedämmt werden.

2. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der Eurozone

Die aktuelle Krise zeigt, dass das europäische Integrationsprojekt selbst als ein Währungsraum nur dann eine Zukunft hat, wenn es zu einem Wirtschafts- und Sozialraum ausgebaut wird. Dies verlangt nach einer gemeinsamen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, um die entsolidarisierende Konkurrenz ungleicher Wirtschaftsräume innerhalb der EU zu überwinden.

Diese Massnahmen bedürfen allerdings in ihren vielen Einzelaspekten einer intensiven Erörterung. An dieser Diskussion wird sich das „Institut Solidarische Moderne“ mit Vorschlägen beteiligen.

Zusammenfassend:

In der gegenwärtigen Krise steht die EU an einem Scheideweg. Entweder das europäische Integrationsprojekt wird durch politisch proaktive Initiativen vervoll-

kommnet oder es scheitert, mit katastrophalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die Krise macht sichtbar, dass durch die Freisetzung der Finanzmärkte die Integration nicht befördert, sondern unterminiert worden ist - mit hohen finanziellen und politischen Kosten für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, deren Ausmaß heute noch gar nicht auszumalen ist.